



Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Minister

An den  
Vorsitzenden  
des Finanzausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Peter Sönnichsen, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

nachrichtlich:

Herrn  
Präsidenten  
des Landesrechnungshofes  
Schleswig-Holstein  
Dr. Aloys Altmann  
Hopfenstr. 30  
24103 Kiel

Kiel, *20* September 2010

**Antwort der Landesregierung zu den Fragen der FDP-Fraktion zum Haushaltsentwurf  
2011/2012 - Teil 1 -**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen den ersten Teil der Antworten der Landesregierung zu den durch die FDP-Fraktion gestellten Fragen zum Haushaltsentwurf 2011/2012.

Mit freundlichen Grüßen

  
Rainer Wiegard

### Fragen der

	<b>CDU</b>
	<b>SPD</b>
<b>X</b>	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>DIE LINKE</b>
	<b>SSW</b>

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	03
<b>Seite:</b>	25
<b>Kapitel:</b>	11
<b>Titel:</b>	124 61
<b>Zweckbestimmung:</b>	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	79,8
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	73,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	75,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	75,0

#### Frage/Sachverhalt:

- Wie hoch ist die Kalt-/Warmmiete je Quadratmeter?
- In welchem Verhältnis steht die Miete zu den ortsüblichen Mieten?
- An wen wird vermietet?

#### Antwort der Landesregierung:

Die drei Untermieter in der Avenue Palmerston 24 sind

- das North Finland European Office
- das North Norway European Office
- die Vertretung der Freien und Hansestadt Bremen.

Die Kalt-/Warmmieten pro m<sup>2</sup> belaufen sich auf

- 18,99 € / 24,30 €
- 19,90 € / 25,40 €
- 11,60 € / 14,48 €

Die Unterschiede ergeben sich aus der jeweiligen Lage der Räumlichkeiten im Gebäude.

Vor Abschluss der Untermietverträge im Jahre 2007 erfolgte ein Vergleich mit den ortsüblichen Mieten in Brüssel.

## Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	15
<b>Kapitel:</b>	01
<b>Titel:</b>	526 04
<b>Zweckbestimmung:</b>	Sitzungsgeld und sonstige Ausgaben in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	16,4
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	36,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	61,1
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	61,1

Frage/Sachverhalt:

- Warum vervierfacht sich der Ansatz gegenüber dem Ist 2009?

Antwort der Landesregierung:

Der Ansatz hat sich erhöht, da die Reisekosten in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten bis 2010 separat beim Titel 0401 - 527 01 veranschlagt wurden. Im Planaufstellungsverfahren zum Haushaltsplan 2011/2012 wurden diese Kosten im Titel 0401 - 526 04 zusammen geführt.

## Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	17
<b>Kapitel:</b>	01
<b>Titel:</b>	533 02
<b>Zweckbestimmung:</b>	Kostenerstattung im Rahmen der Marktüberwachung von Bauprodukten

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	200,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	200,0

## Frage/Sachverhalt:

- Warum wurde diese Aufgabe an die GMSH und nicht andere Anbieter übertragen?
- Wer übernimmt in den anderen Bundesländern die Aufgabe?
- Wurden Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Bundesländern geprüft?
- Wie hoch ist der Ansatz in den anderen Bundesländern?
- Seit wann existiert die Verordnung der EU und wo war ggf. die Ausgaben verbucht?
- Aufgrund welcher Angaben der GMSH wird mit einer Kostenhöhe von 200 T € gerechnet?

## Antwort der Landesregierung:

- Zu Spiegelstrich 1) Die GMSH hat das wirtschaftlichste Angebot abgegeben. Die Angebote der anderen befragten Stellen (u.a. Prüfamtl Kiel) waren unwirtschaftlicher bzw. es erfolgten gar keine Rückmeldungen.
- Zu 2) In den anderen Bundesländern ist dies unterschiedlich geregelt. Z.T. übernehmen die Länder selbst die Aufgaben.
- Zu 3) Ergänzend zu den per Bund-Länder-Abkommen auf das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt) übertragenen Aufgaben, werden dem DIBt die Aufgaben, die bundesweit für alle Länder koordiniert bzw. geregelt werden können, übertragen. Eine weitere Kooperation mit anderen Bundesländern erweist sich als nicht sinnvoll, da ein Bestandteil der Aufgabe die Überprüfung vor Ort (bspw. in Baumärkten) ist.
- Zu 4) Der Ansatz in den anderen Bundesländern ist nicht bekannt.
- Zu 5) Die Verordnung existiert seit dem 1.1.2010.
- Zu 6) Die Höhe des Angebotes der GMSH beträgt 200 T€. Dies sind in erster Linie die entstehenden Personal und Sachkosten.

### Fragen der

	<b>CDU</b>
	<b>SPD</b>
<b>X</b>	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>DIE LINKE</b>
	<b>SSW</b>

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	22
<b>Kapitel:</b>	01
<b>Titel:</b>	Maßnahmegruppe 07
<b>Zweckbestimmung:</b>	Statistik

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	16.146,8
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	17.094,2
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	30.580,7
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	14.789,7

Frage/Sachverhalt:

- Wie sollen sich die Statistikausgaben mittelfristig entwickeln?  
Gibt es Pläne, die Aufgaben der Statistikbehörde zurückzuführen?

Antwort der Landesregierung:

Die Planung der Kosten für Statistiken erfolgt - für den Bereich des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein (StaN) - in Absprache mit der Behörde für Inneres, Hamburg. Bislang liegen konkrete Planungen für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 und in Grenzen für die Jahre 2013 und 2014 vor.

Bedingt durch den Zensus 2011 erhöhen sich die Kosten des StaN hierfür in den Jahren 2009 bis 2012 um insgesamt rd. 11,6 Mio.€. Ohne den Zensus würden die Betriebskosten in 2011 rd. 14,9 Mio.€ betragen und dann in 2012 auf rd. 14,4 Mio.€ sinken. In 2013 und 2014 könnten Beträge von jeweils rd. 14,3 Mio.€ erreicht werden. Insgesamt ist festzustellen, dass die Betriebskosten im mittelfristigen Zeitraum - ohne die Kosten für den Zensus - sinken.

Im statistischen Bereich ist ein Aufgabenabbau besonders schwer zu realisieren, da ca. 90% der statistischen Aufgaben durch EU- bzw. Bundesrecht vorgegeben sind. Trotzdem sind alle Ressorts bemüht, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf Bundesratsebene für eine Verschlankung des Erhebungsumfanges oder gar die Abschaffung einzelner Statistiken einzusetzen. Seitens des Innenministeriums wird zusammen mit der Behörde für Inneres in Hamburg als Aufsichtsbehörde daneben verstärkt auf eine wirtschaftliche Durchführung des vorhandenen Aufgabenvolumens geachtet. So sollen zukünftig u.a. durch Reorganisationsmaßnahmen innerhalb des Amtes Synergieeffekte erzielt werden, um die durch altersbedingte Fluktuation freiwerdenden Stellen nicht wieder nachzubesetzen. Auch werden die Anstrengungen verstärkt, im Verbund der Statistikämter der Länder arbeitsteilig zu verfahren (nach dem Prinzip „Einer für alle“).

## Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	70
<b>Kapitel:</b>	10
<b>Titel:</b>	526 07
<b>Zweckbestimmung:</b>	Feststellung von Alkohol im Blut sowie von Drogenmissbrauch bei Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	1380,4
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	1260,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	1340,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	1340,0

## Frage/Sachverhalt:

- Wird die Blutentnahme bei Alkoholtests weiterhin als notwendig erachtet?  
(Vgl. Slemeyer/Schoknecht (2006) )

## Antwort der Landesregierung:

Ja. Zurzeit wird als Beweis im Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren nur die Blutalkoholbestimmung angesehen.

## Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	92
<b>Kapitel:</b>	10
<b>Titel:</b>	Titelgruppe 68
<b>Zweckbestimmung:</b>	Beseitigung und Vernichtung von Kriegsmunition

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	2.317,0
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	2.240,9
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	2.573,9
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	2.573,9

## Frage/Sachverhalt:

- Warum steigen die Ausgaben?
- Wie entwickelte sich die Anzahl der Einsätze in den zurückliegenden Jahren?

## Antwort der Landesregierung:

Die Steigerungen ergeben sich u. a. durch notwendige Nachbesetzungen infolge der Wahrnehmung von Altersteilzeitregelungen. Ferner ist die Vernichtung transportsicherer Munition aufgrund umweltrechtlicher Vorgaben nicht mehr im landeseigenen Betrieb möglich. Ein geeigneter Betrieb befindet sich in Winsen/Luhe. Darüber hinaus sind aus bereits begonnenen Räummaßnahmen in der Lübecker Bucht weitere erhebliche Mengen an zu entsorgenden Kampfmitteln zu erwarten.

Die Fortbildung der Mitarbeiter und Ausbildung neuer Einsatzkräfte erfordert immer speziellere und neu konzipierte Lehrgänge. Die Ausrüstung ist auf Grund der Gefährlichkeit der Aufgabe ständig den gewachsenen Bedrohungen und Gefahrenlagen nicht zuletzt auf Grund der arbeitschutzrechtlichen Regelungen angemessen anzupassen.

Die Anzahl der Einsätze lag/liegt bei 864 (2007), 918 (2008), 973 (2009) und 720 (einschl. August 2010).

Insgesamt ist anzumerken, dass auf Grund der Alterung der Munition sowie der bisweilen ungünstigeren Rahmenbedingungen eine Beseitigungsmaßnahme tendenziell immer anspruchsvoller wird.

### Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	102
<b>Kapitel:</b>	16
<b>Titel:</b>	681 02
<b>Zweckbestimmung:</b>	Erstattung von Wohngeld an die Bewilligungsstellen

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	70.837,7
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	56.500,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	86.275,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	87.570,0

#### Frage/Sachverhalt:

- Ist vor dem Hintergrund der konjunkturellen Entwicklung mit einem solchen Anstieg der Wohngeldkosten tatsächlich zu rechnen?
- Ist die Streichung des Heizkostenzuschusses im Doppelhaushalt eingerechnet?

#### Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1: Durch die Reform des Wohngeldgesetzes zum 01.01.2009 ist nicht nur der Mittelbedarf (höherer Wohngeldanspruch), sondern auch die Anzahl der Fälle (Dezember 2008: 23.928, Juni 2009: 32.081, Juni 2010: 39.980/Statistikamt Nord) stark angestiegen. Der Berechtigtenkreis vergrößerte sich in Folge höherer gesetzlicher Miet- und Einkommensgrenzen sowie aufgrund des gesetzlich bedingten Wechsels von Transferleistungsempfängern. Im Haushaltsjahr 2010 sind überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 24.200 T€ zu verzeichnen. Bei der Aufstellung des HHE im April 2010 wurden die vorliegenden Prognosen zur Entwicklung des Arbeitsmarktes - soweit möglich - berücksichtigt. Die aktuell positive Arbeitsmarktentwicklung zeichnet sich noch nicht in den jetzigen Wohngeldzahlungen ab.

Zu Frage 2: Nein, die vorgesehene Streichung des Heizkostenzuschusses wurde bei der Aufstellung des HHE noch nicht berücksichtigt, da die Streichung zum Zeitpunkt der Aufstellung noch nicht etatreif war.



## Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	103
<b>Kapitel:</b>	16
<b>Titel:</b>	Maßnahmegruppe 03
<b>Zweckbestimmung:</b>	Wohnraumförderung

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	12.620,0
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	12.620,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	12.620,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	12.620,0

## Frage/Sachverhalt:

- Wie wird sich die Wohnraumförderung in den nächsten Jahren voraussichtlich entwickeln?

## Antwort der Landesregierung:

Aufgrund des hohen Bedarfs hat die Landesregierung beschlossen, von 2011 bis 2014 jährlich 90 Mio.€, unter Einbeziehung der 12.620 T€ Kompensationsleistungen des Bundes (100 % zweckgebunden), für die soziale Wohnraumförderung zur Verfügung zu stellen. Die bei der Refinanzierung von Wohnraumförderungsprogrammen entstehenden Zinsverbindlichkeiten können aus der Zweckrücklage Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung getragen werden. Das Land zahlt z. Zt. keine Zinszuschüsse an die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB). Im Haushalt sind daher lediglich die Kompensationsleistungen des Bundes (Artikel 13, § 4 Abs. 4 des Föderalismusreform-Begleitgesetzes v. 05.09.2006) veranschlagt, welche gem. § 10 Abs. 1 Investitionsbankgesetz zu 100 % in die Zweckrücklage Wohnraumförderung/Krankenhausfinanzierung bei der IB übertragen werden.

### Fragen der

	<b>CDU</b>
	<b>SPD</b>
<b>X</b>	<b>FDP</b>
	<b>Bündnis 90/DIE GRÜNEN</b>
	<b>DIE LINKE</b>
	<b>SSW</b>

### Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

### zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	05
<b>Seite:</b>	29
<b>Kapitel:</b>	05
<b>Titel:</b>	632 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Sonstige Zuweisung an das Land Mecklenburg-Vorpommern

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	29,0
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	400,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	400,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	450,0

Frage/Sachverhalt:

- Wie lässt sich die Abweichung der Ist-Zahl von 2009 mit den Soll-Werten von 2011 und 2012 erklären?

Antwort der Landesregierung:

Die örtliche Zuständigkeit für die Durchführung der Besteuerung beschränkt steuerpflichtiger natürlicher Personen, die inländische Renteneinkünfte beziehen, ist mit Rechtsverordnung dem Land Mecklenburg-Vorpommern übertragen worden. Gemäß dem Abkommen zur Verteilung der Kosten werden die Kosten, die dem Land Mecklenburg-Vorpommern entstehen, gemeinsam getragen. Die Länder leisten Vorauszahlungen auf die zu erwartenden Verwaltungskosten.

Die Bereitstellung der erforderlichen Rentenbezugsmitteilungen hat sich verzögert, so dass für das Haushaltsjahr 2009 vom Land Mecklenburg-Vorpommern geringere Aufwendungen erwartet werden. Die Vorauszahlungen für 2009 sind aufgrund dessen einvernehmlich gemindert worden.

## Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	09
<b>Seite:</b>	25
<b>Kapitel:</b>	02
<b>Titel:</b>	533 02
<b>Zweckbestimmung:</b>	Kosten für arbeitsmedizinische Betreuung der Beschäftigten

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	83,7
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	121,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	120,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	120,0

## Frage/Sachverhalt:

- Was rechtfertigt den erhöhten Ansatz im Vergleich zum Ist aus dem Jahr 2009?

## Antwort der Landesregierung:

Es handelt sich hierbei um zentral veranschlagte Mittel für den Geschäftsbereich des MJGI (siehe auch Erläuterungen).  
Im Vergleich zum Ist 2009 sind höhere Ausgaben zu veranschlagen aufgrund des neuen Ressortzuschnitts des MJGI sowie aufgrund eines erhöhten Aufwandes für augenärztliche Untersuchungen der Mitarbeiter/innen in den Dienststellen. Die GMSH führt z. Zt. eine europaweite Ausschreibung der arbeitsmedizinischen und arbeitssicherheitstechnischen Leistungen für öffentliche Auftraggeber in SH durch. Mit Kostensteigerungen muss gerechnet werden.

## Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	09
<b>Seite:</b>	27
<b>Kapitel:</b>	02
<b>Titel:</b>	681 03
<b>Zweckbestimmung:</b>	Entschädigungen, Ersatzleistungen und Abfindungen

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	592,4
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	30,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	30,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	30,0

## Frage/Sachverhalt:

- Warum beträgt der Ansatz nur 5 % des Ist aus 2009?

## Antwort der Landesregierung:

Im Ist 2009 ist eine einmalige Schadensersatzleistung (Sparkasse Ostholstein) in Höhe von 550,9 T€ enthalten. Für 2011/ 2012 sind derzeit keine größeren Fälle für Schadensersatzleistungen erkennbar, so dass - wie bisher - pauschal 30,0 T€ veranschlagt wurden.

## Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	09
<b>Seite:</b>	45
<b>Kapitel:</b>	03
<b>Titel:</b>	536 61
<b>Zweckbestimmung:</b>	Gesundheitsvorsorge für Gefangene

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	2.321,3
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	2.400,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	2.500,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	2.500,0

## Frage/Sachverhalt:

- Warum steigen die Kosten, wenn die Anzahl der Häftlinge im Saldo weniger werden?

## Antwort der Landesregierung:

Aufgrund der Ist-Entwicklung wird auch für die Folgejahre mit steigenden Kosten gerechnet. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Anzahl psychisch auffälliger Gefangener und der Tatsache, dass inhaftierte Gefangene auch im Erstvollzug medizinisch zunehmend aufwändiger zu behandeln sind, ist mit stetig steigenden Mehrausgaben zu rechnen. Die Anzahl der drogenabhängigen, gesundheitlich verwahrlosten Gefangenen steigt und der körperliche und geistige Zustand der Gefangenen wird zunehmend schlechter.

Höhere jährliche Ausgaben werden außerdem bei stationären Untersuchungen und Behandlungen erwartet.

Im Jahre 2011 eröffnet die Sozialtherapie der Jugendanstalt Schleswig mit 30 Haftplätzen. Durch die Erhöhung der Anzahl der Haftplätze werden zusätzliche Kosten im Bereich der Vergütung von Ärztinnen und Ärzten entstehen, da die Jugendanstalt Schleswig über keine Anstaltsärztin / keinen Anstaltsarzt verfügt.

## Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	09
<b>Seite:</b>	89
<b>Kapitel:</b>	13
<b>Titel:</b>	684 16
<b>Zweckbestimmung:</b>	Maßnahmen der Beratung von traumatisierten Flüchtlingen

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	60,3
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	75,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	62,5
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	62,5

## Frage/Sachverhalt:

- Der Paritätische Schleswig-Holstein hat auf seiner Homepage mit Datum vom 25.08.2010 erklärt, dass der Verein Refugio e.V. Insolvenzantrag gestellt hat. Welche Projekte werden stattdessen aus dem Titel gefördert?

## Antwort der Landesregierung:

Die Auswirkungen auf die Förderung in 2010 und für die Folgejahre werden z. Zt. geprüft.

In diesem Titel sind Zuschüsse zur landesweiten Beratung von traumatisierten Flüchtlingen mit vorübergehendem Aufenthalt veranschlagt. Die Förderung ist nicht an Projektträger gebunden.

## Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	12
<b>Seite:</b>	20
<b>Kapitel:</b>	05
<b>Titel:</b>	715 03
<b>Zweckbestimmung:</b>	Grundinstandsetzung der Gebäude der Liegenschaft in Kiel, A-dolfstr. 14-28

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	

Frage/Sachverhalt:

- Welche Behörden/Institutionen sollen in Zukunft in dem Gebäude untergebracht werden?
--

Antwort der Landesregierung:

In der oben genannten Liegenschaft soll das Finanzverwaltungsamt untergebracht werden. Derzeit ist das Finanzverwaltungsamt in der Wilhelminenstraße -ehemalige Landeskasse- und im Speckenbeker Weg (Drittanmietung) -ehemaliges Landesbesoldungsamt- untergebracht.
---

## Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	12
<b>Seite:</b>	37
<b>Kapitel:</b>	09
<b>Titel:</b>	718 81
<b>Zweckbestimmung:</b>	JVA Lübeck – Neubau der Küche und der Wäscherei

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	500,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	300,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	4.000,0

## Frage/Sachverhalt:

- Inwieweit ist eine JVA-Wäscherei erforderlich und damit auch die veranschlagten Investitionskosten notwendig?

## Antwort der Landesregierung:

Der Neubau der Wäscherei einschl. der Küche in der JVA HL ist unverzichtbar, weil die Küche nicht mehr den hygienischen Anforderungen entspricht und von der Ordnungsbehörde seit Jahren beanstandet wird. Ein Schließen der Kucheneinrichtung und damit der Wäscherei ist zu befürchten gewesen. Die Versorgung durch Dritte wird im Übrigen teurer, außerdem fielen viele Arbeits- und Ausbildungsplätze für Gefangene weg.